

Hofheim, 19. Januar 2023

Flüchtlinge auf der „Drachenwiese“

Neue modulare Wohnanlage geplant – Vertrag zwischen Kreis und Stadt Hofheim

An der Frankfurter Straße in Hofheim errichtet der Main-Taunus-Kreis eine Unterkunft für bis zu 200 Flüchtlinge. Wie Landrat Michael Cyriax mitteilt, wurde über die Nutzung des städtischen Grundstückes auf der „Drachenwiese“ eine Vereinbarung mit der Stadt Hofheim getroffen. Das städtische Grundstück wird derzeit als Parkplatz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung verwendet. Der Parkplatz wird verschoben und rückt näher an das Landratsamt heran. Der Hofheimer Magistrat hat dem Vertrag in der letzten Sitzung vor Weihnachten zugestimmt, wie Bürgermeister Christian Vogt mitteilt. Cyriax dankt der Stadt für die Kooperation: „Unsere aktuellen Unterkünfte reichen für die wachsende Zahl von Flüchtlingen nicht aus. Wir brauchen die Unterstützung der Kommunen durch Bereitstellung von bebaubaren Grundstücken zur Errichtung neuer Quartiere.“

„Die Stadt Hofheim unterstützt gerne den Kreis dabei, die steigenden Flüchtlingszahlen zu bewältigen“, bekräftigt Vogt. Die Module sollen voraussichtlich ab Herbst 2023 aufgestellt werden, bezogen werden könnte die Unterkunft nach derzeitigem Stand dann bis Jahresende.

Cyriax zufolge ist die Anlage in der Nähe einer bereits bestehenden Unterkunft an der Frankfurter Straße zunächst nur für eine Übergangszeit von mehreren Jahren gedacht. Es soll eine dreistöckige Wohnanlage in Modulbauweise errichtet werden, die auch wieder abgebaut werden soll, wenn sie nicht mehr für Flüchtlinge benötigt wird. Der Vertrag mit der Stadt wurde zunächst auf fünf Jahre geschlossen. Die weiteren Kosten für den Bau und den Betrieb der Unterkunft übernimmt ebenfalls der Kreis.

„Mit den mobilen Containern haben wir eine flexible Lösung gefunden, um das Gelände in den ursprünglichen Zustand zurückzusetzen, wenn es nicht mehr dafür benötigt wird“, erläutert Cyriax. Er bittet die Anwohner um Verständnis: „Die Flüchtlingsbewegung setzt die kommunale Familie unter Druck, wir sind verpflichtet, Asylbewerber aufzunehmen“, so der Landrat.

Wenn der Bund die Zuwanderung nicht steuere, müssten die Kommunen mit mehr Mitteln und Personal ausgestattet werden, um die Aufnahme der Flüchtlinge zu organisieren. Neben der Unterbringung stelle auch die Erziehung und Betreuung der Flüchtlingskinder und -jugendlichen die Kindertagesstätten und Schulen vor große Herausforderungen.